

den organisatorischen Aufgaben: 1. Sicherung: a) einer irgendwie gear- teten, wenigstens vorläufigen Anlehnung an eine staatliche Gewalt und dadurch b) der erforderlichen Haushaltsmittel für eine natürlich auf äußerste Sparsamkeit abgestellte Wirtschaftsführung. 2. Allmähliche Umwandlung ihrer Arbeitsstätte in Pommersfelden aus einem für verhält- nismäßig kurze Zeit geplanten Notquartier in eine zu Friedens- und Wie- deraufbauarbeit geeignete Heimstätte. Dabei stellte sich alsbald als besonders dringlich heraus, die Bibliothek als eine der wenigen vorläu- fig intakten Spezial-Werkstätten unserer Disziplin durch entsprechende Maßnahmen auch für einen ununterbrochenen Zustrom von Gästen aus der Fachwelt zu kürzerem oder längerem Arbeitsaufenthalt zugänglich zu machen.

Auf dem Weg zum erstgenannten Ziel trat der Präsident noch vor sei- ner Verhaftung alsbald nach der Kapitulation mit der einzigen staatli- chen Instanz in Verbindung, die bereits wieder vorhanden war, mit dem Landrat des zuständigen Krieses Höchststadt a. Aisch. Dieser übernahm zunächst die Bevorschussung der Haushaltsmittel und stellte Ende Juli 1945 die Verbindung zur Regierung von Ober- und Mittelfranken in Ansbach her. Auf gründliche Information hin nahm diese im Einverständnis mit der bayerischen Staatsregierung namens derselben die Dienststelle im August 1945 in vorläufige Treuhänderschaft, überließ aber auch wei- terhin die Finanzierung dem nachgeordneten Landrat in Höchststadt a. Aisch, wobei es bis zum 31. III. 1947 blieb.

In den folgenden Monaten traten der Dienststelle hilfreich die Bayerische Archivverwaltung, die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die Universität Erlangen mit Vorschlägen zur künftigen Organisation zur Seite, die sie auch bei der Bayerischen Staatsregierung vertraten. Sie waren z.T. widersprechender Natur: schlugen erstere eine mehr oder weniger baldige Verlegung nach München, einen räumlichen Zusammenschluß mit dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, oder eine mehr oder minder enge Verbindung mit der Akademie und ihren Unternehmungen vor, so trat letztere, dabei stark unterstützt von der Regierung in Ansbach und in einem späteren Stadium auch im Einvernehmen mit dem Kreise der "Gesell- schaft für fränkische Geschichte", für ihr Verbleiben in Franken, späterhin für ihre Verlegung nach Erlangen ein, wobei allerdings nicht an eine Unterstellung unter die dortige Universität gedacht wurde.

Die Dienststelle ihrerseits vertrat dazu nach allen Seiten unbeirr- bar - allen Mißverständnissen gegenüber - dies sei hier nochmals aus- drücklich festgestellt - folgenden Standpunkt: 1.) Die Basis aller Neu- organisation muß die Wahrung der Selbständigkeit des Instituts und die Beibehaltung seines gemeindeutschen Charakters sein; sie muß daher mög- lichst bald auf interzonaler Grundlage durchgeführt werden. 2.) Jede Verlegung des Sitzes der Dienststelle vor Klärung der Gesamtlage Deutsch- lands erscheint verfrüht; ihr Dienstbetrieb ist gegenwärtig nirgends besser gewährleistet als in Pommersfelden. 3.) in der Wahl zwischen Erlangen und München, die zu jenem Zeitpunkt allein zur Debatte stehen konnte, wäre letzteres vorzuziehen.

Die weitere Entwicklung erwies diesen Standpunkt als denjenigen, der den realen Gegebenheiten am nächsten kam. Sie verlief denn auch weit- gehend in seinem Sinne. Mit Entschließung des Bayerischen Staatsmini- steriums für Unterricht und Kultus Nr. VI 47366 vom 16. 10. 1946 erklär- te sich die Bayerische Staatsregierung zur Übernahme einer Treuhänder- schaft über die Dienststelle und zur Finanzierung ihres Haushalts be-